

SWR2 Zeitwort

**15.03.1991:**

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag tritt in Kraft

Von Michael Marek

Sendung vom: 15.03.2023

Redaktion: Susanne Schmaltz

Produktion: SWR 2023

SWR2 Zeitwort können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter [www.SWR2.de](http://www.SWR2.de) und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören:  
<https://www.swr.de/~podcast/swr2/programm/podcast-swr2-zeitwort-100.xml>

---

**Bitte beachten Sie:**

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

---

**Die SWR2 App für Android und iOS**

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...

Kostenlos herunterladen: [www.swr2.de/app](http://www.swr2.de/app)

**O-Ton von Ulrich Preuß:**

"Es ist doch immerhin das Dokument, das die Folgen des Zweiten Weltkrieges endgültig regelt, und zwar in einer Weise, die eigentlich alle Seiten befriedigt, keine unerfüllten Wünsche beziehungsweise Stachel zurück-lässt, die zur Quelle späterer Konflikte werden können."

**Autor:**

Resümiert der Berliner Politologe und Rechtswissenschaftler Ulrich Preuß. Der Anlass: Am 15. März 1991 trat der sogenannte "Zwei-plus-Vier-Vertrag" in Kraft. Ein halbes Jahr zuvor hatten in Moskau die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, die Bundesrepublik Deutschland und die DDR das Vertragswerk unterzeichnet. Damit wurde die volle Souveränität des vereinten Deutschlands über seine inneren und äußeren Angelegenheiten wiederhergestellt. Nach dem Fall der Berliner Mauer im November 1989 zeigten sich die Westmächte zunächst uneinig über die Gestaltung ihrer zukünftigen Deutschlandpolitik. Insbesondere der französische Staatspräsident war unsicher und besorgt. Daniel Vernet, französischer Politikwissenschaftler und Journalist, damals über Francois Mitterand:

**O-Ton von Daniel Vernet:**

"Seine Befürchtung war, dass Europa zurück zum Anfang des Jahrhunderts, also vor Beginn des Ersten Weltkriegs gehen könnte. Auf der anderen Seite wusste er, dass die Wiedervereinigung, unterstützt von den Leuten in West- und Ostdeutschland, unwiderruflich war."

**Autor:**

Anders dagegen Margaret Thatcher, die ihre Vorbehalte zum Zwei-plus-Vier-Vertrag nie ganz aufgab. Die britische Premierministerin befürchtete selbst von der Einbindung des vereinten Deutschlands in die Europäische Gemeinschaft eine weitere Stärkung der deutschen Wirtschaft – zu Lasten des nach dem Zweiten Weltkrieg erreichten Gleichgewichts in Europa:

**O-Ton von Margaret Thatcher:**

"Indeed, your German... is in the community."

Viele Menschen schauen ein wenig ängstlich auf das vereinte Deutschland. Das kann auch nicht überraschen, wenn man auf die Geschichte dieses Jahrhunderts zurückblickt, Deutschland hat ja den Ersten und Zweiten Weltkrieg begonnen. Ich denke, es gibt darauf nur eine Antwort: Deutschland in der Nato zu behalten. Und ebenso ist es vollkommen richtig, dass Deutschland in der Europäischen Gemeinschaft ist.

**Autor:**

Alle Versuche Großbritanniens, den Prozess der Wiedervereinigung zu bremsen, scheiterten in der Folgezeit an der konsequenten Haltung der USA und ihres Präsidenten George Bush. Zugleich legten sich die Vereinigten Staaten von vornherein auf eine deutsche Mitgliedschaft in der Nato fest, um den eigenen Einfluss zu sichern: die Nato als US-amerikanischer Anker in Europa, der ohne Deutschland seine Wirksamkeit eingebüßt hätte. Die Abkehr ihrer bisherigen Verbündeten innerhalb des Warschauer Paktes sowie die Einigkeit der westlichen Alliierten bewogen Gorbatschow und seinen Außenminister Schewardnadse,

schrittweise der deutschen Einigung und Nato-Mitgliedschaft zuzustimmen. Dieses Nachgeben des Generalsekretärs der KPdSU zielte auf Kooperation und internationale Entspannung, um sich im Innern der Sowjetunion der Lösung drängender Probleme widmen zu können. Der damalige stellvertretende Außenminister Julij Kwizinskij:

**O-Ton von Julij Kwizinskij:**

"Das, was die deutsche Seite bezahlt hat, waren verhältnismäßig kleine Summen für fest umrissene Zwecke. Das war der Wohnungsbau für unsere abzuziehende Armee. Das waren einige Milliarden für die Finanzierung für den Verbleib der Truppen während der Übergangsperiode. Ansonsten gab es doch nichts. Man kann uns doch nicht vorwerfen jedenfalls, dass wir für irgendeine nennenswerte Summe die DDR an den Westen verkauft haben."